



(Foto: Microgen, AdobeStock)

PERSPEKTIEFE 54, AUGUST 2021

Eine demokratische Emotionspolitik ist anzustreben. Zur Rolle von Emotionen in der Politik und in der Demokratie.

HINTERGRUND: Die Frage, wie emotional demokratische Politik sein darf, flammt in Deutschland immer wieder auf. Die Instrumentalisierung von Emotionen im Nationalsozialismus ist für viele der entscheidende Grund, auch heute noch eine kühle, rationale Politik zu fordern, die sich einer Emotionalisierung konsequent verweigert. Mit dieser Forderung befindet man sich in bester Gesellschaft, denn in der europäischen Kultur- und Philosophiegeschichte haben Emotionen einen schlechten Leumund – und dies nicht nur in der politischen Sphäre. Es sei die Rationalität, die uns als Menschen auszeichnet und mit deren Hilfe die Emotionalität und ihre irrationalen Auswüchse „eingehegt“ werden können. Diese hierarchische Dualität von Ratio und Emotion, typischerweise zudem noch mit der Männlich-weiblich-Dichotomie parallelisiert, dominiert das westliche Denken seit der Antike.

URL: <https://www.zgv.info/perspektiefe-online/artikel-einzelansicht/814-eine-demokratische-emotionspolitik-ist-anzustreben-zur-rolle-von-emotionen-in-der-politik-und-in-der-demokratie.html?type>

Datum: 23.09.2021 12:01:52

1/4



„Demokratie ist eine sehr anspruchsvolle Herrschaftsform, die nicht nur einer „entgegenkommenden politischen Kultur“ (Habermas) bedarf, sondern auch emotionale Verbundenheit ihrer Bürger*innen benötigt, um stabil zu bleiben.“

Prof. Dr. Gary S. Schaal

In den letzten drei Jahrzehnten haben die Neurowissenschaften jedoch große Fortschritte im Verständnis von Emotionen erzielen können – insbesondere durch die Nutzung von „bildgebenden Verfahren“ wie der Kernspintomografie. Diese neuen Erkenntnisse sollten uns als Bürger*innen, Politiker*innen und (Sozial-)Wissenschaftler*innen anregen, neu über die Bedeutung von Emotionen in der Demokratie nachzudenken. Dennoch werden sie in der öffentlichen Diskussion bislang kaum wahrgenommen. Im Folgenden soll daher skizziert werden, welche Richtungen ein „evidenzbasiertes“ Nachdenken über Emotionen in der Demokratie einschlagen kann.

Emotionen stehen am Beginn und am Ende eines Entscheidungsprozesses

Die alteuropäische Vorstellung einer Dualität von Ratio und Emotion ist ein Mythos. Menschliche Entscheidungen werden sequenziell getroffen und in den verschiedenen Phasen dieses Prozesses besitzen Ratio oder Emotionen unterschiedliche Bedeutung, bleiben aber verschränkt und aufeinander bezogen. Emotionen lenken die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen und Wahrnehmungen und blenden andere aus. Ohne sie würden wir dem Meer auf uns eindringender Sinneseindrücke handlungs- und entscheidungsunfähig gegenüberstehen, weil alles gleich bedeutsam erschiene. In gewisser Weise stehen Emotionen somit am Beginn eines Entscheidungsprozesses. Sie stehen aber auch an dessen Ende, denn selbst „rationale Entscheidungen“, die auf Basis von Kosten-Nutzen-Kalkülen getroffen wurden, werden schließlich durch das Belohnungszentrum des Gehirns bewertet und lösen Gefühle, z. B. Zufriedenheit, aus. Ein besseres Verständnis des Zusammenspiels von Entscheidungsprozess und Belohnungssystem besitzt für das Verständnis demokratischer Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse großes Erklärungspotenzial. Generell gilt, dass eine unemotionale, rein rationale demokratische Politik unmöglich ist.

Emotionen in der Politik wurden Jahrhunderte lang ignoriert oder bekämpft

Die westlichen Demokratien in ihrer heutigen Gestalt sind praktische Manifestationen theoretischer Konzepte – von der Gewaltenteilung (Montesquieu), über die liberalen Grund- und Abwehrrechte (Locke) bis hin zu direktdemokratischen Beteiligungsrechten (Rousseau). Weil demokratisches Denken historisch starken Einfluss auf die institutionelle Wirklichkeit heutiger Demokratien besitzt, ist es folgenreich, dass im europäischen politischen Denken der letzten Jahrhunderte Emotionen in der Politik entweder ignoriert oder aktiv bekämpft wurden. Es fehlt uns heute an fundierten politiktheoretischen Vorstellungen davon, wie Emotionen in den demokratischen Prozess eingespeist werden können und welche Bedeutung sie besitzen sollen. Die Ratlosigkeit, die die öffentliche Debatte im konstruktiven Umgang mit Emotionen mitunter zeigt, ist nur eine Folge dieses historisch

begründeten Mankos.

Konstruktiver Umgang mit Emotionen in der gesellschaftlichen Debatte

Augenfällig wird diese Unsicherheit im Umgang mit Emotionen gegenwärtig, wenn Bürger*innen in emotionaler Form hochgradig emotionalisierte Ansprüche an „die Politik“ richten – wofür die Figur des „Wutbürgers“ symbolisch steht. Wie kann Politik auf „emotionale Eingaben“ reagieren? In der politischen Emotionsliteratur findet sich häufiger der Vorschlag, zwischen „guten“ und „schlechten“ Emotionen zu differenzieren. So sind für die Philosophin Martha Nussbaum Liebe, Mitgefühl und Hoffnung z. B. grundlegend demokratieförderliche Emotionen, während Angst, Neid und Hass demokratiegefährdend sind. Ein solcher Ansatz hilft m. E. nicht, denn alle Emotionen erfüllen eine Funktion; keine Emotion – noch nicht einmal Hass – kann unabhängig von dem Kontext, in dem sie sich entwickelt, bewertet werden. Wut, ja sogar Hass, gegen einen despotischen Herrscher können gerechtfertigt sein und Liebe kann blind machen für unrechtes Handeln des eigenen Staates („right or wrong – my country“). Einige Autor*innen argumentieren, dass man zwischen „authentischen“ und „nicht-authentischen“ Gefühlen differenzieren und die authentischen politisch umsetzen soll. Auch dieser Ansatz führt in eine Sackgasse. Denn demokratische Politik lebt von Kompromissen und vom Austarieren konfliktiver Ansprüche. Kompromissbildung auf Basis authentischer Emotionen erscheint unmöglich, da sie nur „richtig“ oder „falsch“ sein können. Und dies ist die demokratische Krux von authentischen Emotionen als Argument: Ihre Nutzung immunisiert gegen Kritik und verunmöglicht zugleich Kompromissbildung. Zudem sind Bürger*innen permanentem Emotionsmanagement (Werbung!) ausgesetzt, sodass es unmöglich erscheint, authentische Emotionen überhaupt zu identifizieren. Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, nicht die Emotionen selbst zu bewerten, sondern die Art ihrer (politischen) Bearbeitung. Die alteuropäische Emotionsaversion hat dazu geführt, dass Emotionen aus der demokratischen Öffentlichkeit in die Privatsphäre verdrängt wurden. Die private Bearbeitung von Emotionen kann jedoch demokratiegefährdende Konsequenzen besitzen: Denn im Privaten bleiben Emotionen unhinterfragt, unveränderlich und werden zu „argumentativen Trümpfen“ (im Sinne von „alternative facts“ und gefühlter Wirklichkeit). Demokratiekompatibel ist hingegen die öffentliche, diskursive, ergebnisoffene und sachlich fundierte Bearbeitung von Emotionen. Diese positive Deutung wird möglich, weil die Neurowissenschaften gezeigt haben, dass Emotionen und Rationalität nicht trennbar sind, sondern eine Einheit bilden. Die kognitive Emotionstheorie trägt dieser Einsicht Rechnung: Für sie sind Emotionen gefühlte Bewertungen der Umwelt. Empörung oder Angst sind bewertende Reaktionen auf Zustände in der Welt. Sie lassen sich deshalb auch rational kritisieren, d. h. auf ihre sachliche Angemessenheit hin befragen, ohne hierdurch den Träger einer Emotion zu pathologisieren. Erst in einem solchen Verständnis können Emotionen im demokratischen Prozess verarbeitet werden.

Demokratie braucht emotionale Verbundenheit ihrer Bürger*innen

Vor dem Hintergrund der Erfahrung des Nationalsozialismus besteht in Deutschland (zurecht) ein großer Vorbehalt gegenüber Politik, die Emotionen bei den Bürgern erzeugen oder manipulieren will. Es wurde jedoch eingangs argumentiert, dass Politik ohne Emotionen undenkbar ist. Daraus folgt zugleich, dass Politik emotional nicht neutral sein kann – jede Politik erzeugt emotionale Reaktionen. Demokratie ist eine sehr anspruchsvolle Herrschaftsform, die nicht nur einer „entgegenkommenden politischen Kultur“ (Habermas) bedarf, sondern auch emotionale Verbundenheit ihrer Bürger*innen benötigt, um stabil zu bleiben. Demokratieunterstützende Emotionen existieren jedoch nicht einfach; sie müssen kultiviert werden. Dies wirft die Frage auf, wie staatlich in Zukunft mit Emotionen umzugehen ist. Wenn jede Politik immer auch Emotionen erzeugt, spricht viel dafür, diesen Prozess

zu reflektieren, ihn bewusst zu gestalten und vor allem demokratisch zu kontrollieren. Nicht das (kontrafaktische) Ideal einer emotionsneutralen Politik ist anzustreben, sondern demokratische Emotionspolitik.
